

spiel konsequenterweise gleich eine Predigt abdrucken lassen.

Zur Zukunft der Kirche im Osten Deutschlands erhalten die Leser viele Mosaiksteine. Die Überlegungen kreisen um die Möglichkeit der Verbreiterung der schmalen katholischen Basis in der ehemaligen DDR (heute wohl zwischen 3% und 4% der Bevölkerung), die Frage der „Mission“, den Ideologieverdacht gegen die Kirchen als vermeintliche „schwarze“ Nachfolger „roter“ Utopisten und immer wieder um die Notwendigkeit von Ökumene und persönlichem Glaubenszeugnis durch tätige Diakonie und Nächstenliebe. Nicht wenige Autoren wollen im übrigen dem Westen eine bald vergleichbare Problemlage voraussagen, wie sie im „entchristlichten“ Osten Deutschlands bereits seit längerer Zeit Tatsache ist.

Interessant ist die vorliegende Publikation vor allem, wenn man sich auf die Suche nach ostdeutschen katholischen Spezifika im siebten Jahr nach dem völkerrechtlichen Vollzug der deutschen Einheit begibt. Die meisten Artikel sprechen wenig von der kirchlichen Binnenwelt. Selten erwähnt wird auch der gesamtdeutsche Zusammenhang und die neue demokratische Staatsform (einzige deutliche Ausnahme ist der Artikel von ZdK-Präsident Hans-Joachim Meyer aus Dresden). Die „Visionen“ konzentrieren sich auf den angemessenen Umgang mit der „Außenwelt“.

Voraussetzung für die Inangriffnahme katholischer Visionen sollte jedoch auch eine entsprechende Ausgestaltung kirchlicher Binnenformen sein. Allein der Beitrag von Frank Richter, inzwischen Pfarrer in Aue, zuvor Diözesanjugendseelsorger in Dresden und eine der Leitfiguren der unblutigen Wende in der Stadt im Oktober 1989, bringt die Zusammenhänge zwischen kirchlichen Binnenstrukturen und ostdeutscher „Außenwelt“ gezielt auf den Punkt. Auf die Frage „Quo vadis Kirche?“ stellt er die Gegenfrage „Woher kommst du, Kirche?“ Er beantwortet sie damit, daß die lange Auseinandersetzung mit dem ideologischen Gegner in der DDR zwangsläufig zur Übernahme mancher Verhaltensmuster geführt habe. Indirekt moniert er zudem die Überalterung und Kontinuität der kirchlichen „Hierarchie“ und die fehlende Attraktivi-

tät kirchlichen Lebens. Die Kirche erscheine „wenig oder gar nicht demokratiefähig“ und orientiere sich zusätzlich an westdeutschen katholischen Mustern der Privilegierung und Konfessionalisierung. Die Situation der Kirche im Osten Deutschlands identifiziert er als „geistig und religiös diffus“.

Quantitativ fallen die ostdeutschen Katholiken innerhalb der gesamtdeutschen Kirche kaum ins Gewicht, ihre Diözesen sind in der jetzigen Form nur durch massiven innerkirchlichen Finanzausgleich lebensfähig. Ihr Potential, von dem auch diese Publikation zeugt, ist der Kirche im Westen des Landes oft wenig echtes und vorurteilsfreies Interesse wert. Die Kirche in Ostdeutschland erscheint auch deshalb noch weniger motiviert, sich zu fragen, woher sie kommt und wohin sie seit 1990 gegangen ist. *Bernd Schäfer*

BEIER, Peter: *Die „Sonderkonten Kirchenfragen“*. Sachleistungen und Geldzuwendungen an Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter als Mittel der DDR-Kirchenpolitik (1955–1989/90). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997. XV, 308 S. (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte. B. 25.) Lw. 86,-.

Die evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte hat im Rahmen eines von der EKD geförderten Forschungsprojekts „Kirche und Staat in der DDR“ erste Arbeiten veröffentlicht. Peter Beier, vormaliger Lektor der Evangelischen Verlagsanstalt in Ostberlin, legt nunmehr nach aufwendiger Archivarbeit, die sich auch in zahlreichen Statistiken und Grafiken niedergeschlagen hat, eine ausgefeilte Mikrostudie zu einem speziellen Bereich der DDR-Kirchenpolitik vor. Gleichwohl lassen sich auch daran exemplarisch die Wendungen und taktischen Manöver der SED-Kirchenstrategen im Verlauf von fast vierzig Jahren Geschichte nachzeichnen. Beier beschäftigt sich zwar mit den evangelischen Kirchen in der DDR, aber es finden sich in der vorliegenden Publikation auch einzelne Hinweise zur katholischen Kirche.

Detailliert wird nachgezeichnet, wie die Kirchenpolitik ab 1954 langfristige Strategien versuchte und administrative Strukturen ausbildete. Auf Beschluß des Politbüros der SED wurden 1955 unter anderem auch die „Sonderkonten“



auf Zentral- und Bezirksebene eingerichtet, um kirchliche Amtsträger heimlich finanziell zu unterstützen. Im Bereich der evangelischen Kirchen wurden vor allem in der Hochphase dieser konspirativen Alimentierung, nämlich zwischen 1955 und 1970, bis zu 10 Prozent der Amtsträger mit größeren regelmäßigen Zuwendungen und Geschenken im Rahmen der sogenannten „Politik mit der Mark“ bedacht. Die staatlichen Stellen unterhielten sogar in Tabarz im Thüringer Wald sowie auf Rügen eigene Ferienhäuser für „progressive“ Geistliche aus der DDR und organisierten den Austausch mit geistlichen Urlaubern besonders aus der Volksrepublik Ungarn und der CSSR. Gefördert wurden Pfarrer, die sich öffentlich für den Sozialismus in der DDR exponiert hatten und dafür bisweilen in der Kirche gemäßregelt bzw. nicht gefördert wurden, aber auch potentielle „progressive“ Amtsträger, die durch Zuwendungen und Versorgung mit Mangelwaren für den Sozialismus eingenommen werden sollten. Seit Beginn der siebziger Jahre erlahmte jedoch der Eifer der staatlichen Stellen, weil die Gelder knapp wurden und der anvisierte Personenkreis unter den kirchlichen Amtsträgern weitgehend stagnierte. Auf breiterer Basis war dagegen das in dieser Darstellung nur am Rand thematisierte Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gegenüber den Pfarrern vereinnahmend tätig, wobei sich zum Teil seine Klientel mit den Empfängern von Zuwendungen aus den Sonderkonten deckte.

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft hat sich entschieden, konsequent alle personenbezogenen Daten zu anonymisieren und auch ansonsten eine Identifizierung zu erschweren. Auch wenn keineswegs der unterschiedslosen Enthüllung das Wort geredet werden soll, wäre doch eine teilweise Benennung von kirchlichen Amtsträgern nicht unstatthaft gewesen, zumal sich diese zu DDR-Zeiten oftmals öffentlich selbst exponierten. Zur katholischen Kirche sei hiermit benannt, was die Ausarbeitung auf der Grundlage der noch in den staatlichen Archiven existierenden Akten zum katholischen Klerus feststellt (leider sind auch hier die Akten aus dem wichtigen Bezirk Magdeburg offenbar vernichtet). Danach erhielt der Heiligenstädter Propst Josef Streb nach seiner Emeritierung als Bischöflicher Kommissa-

rius des Eichsfelds von 1967 bis 1974 jährliche Zuwendungen. Ein singulärer Fall war der mecklenburgische Pastor Karl Fischer, der von 1950 bis 1961 für VVN und CDU in der Volkskammer der DDR saß und propagandistisch in vielfältiger Weise für den Sozialismus agitierte. 1955 wurde er deshalb als Pfarrer von Neustrelitz frühzeitig bei gekürzten Bezügen zwangspensioniert, 1961 schließlich suspendiert. Daß Fischer deshalb von 1955 bis 1964 auch monatliche staatliche Zahlungen erhielt, fällt in diesem Kontext kaum ins Gewicht, zumal er auch noch seit 1950 mit dem MfS als Geheimer Informator „Marduk“ äußerst denunziatorisch zusammenarbeitete.

Die präzise argumentierende Studie von Peter Beier zeigt am Beispiel der fast ausschließlich für die evangelischen Kirchen relevanten Sonderkonten aber ein Grundsatzproblem auf, das auf der Ebene des MfS für alle Konfessionen galt und einzelne Pfarrer anfällig für staatliche Korrumpierungsversuche machen konnte: Wenn Geistliche sich mit Problemen in ihrer Kirche alleingelassen fühlten, konnten sich berechnende staatliche Funktionäre nicht selten als „Helfer“ einschalten und teilweise sogar Freundschaften mit Kirchenleuten schließen. Daß letztere dabei zumeist schamlos benutzt wurden, ändert aber nichts an der eigentlich beschämenden Tatsache, daß sie es dazu kommen ließen. *Bernd Schäfer*

NEUBERT, Ehrhart: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*. Berlin: Links 1997. 958 S. Kart. 48,-.

Mit dieser umfangreichen Arbeit, zugleich eine politikwissenschaftliche Dissertation an der FU Berlin, ist dem Autor und Zeitzeugen Ehrhart Neubert ein sehr verdienstvolles Werk gelungen. In der DDR war er lange Jahre evangelischer Pfarrer in Thüringen und anschließend Referent in der Theologischen Studienabteilung des Bundes der Evangelischen Kirchen in Ostberlin. Engagiert in der DDR-Opposition, zählte er in der Wendezeit zu den Gründern der Partei „Demokratischer Aufbruch“, die später in der CDU aufging. Inzwischen ist Neubert stellvertretender Leiter der Abteilung Bildung und Forschung der „Gauck-Behörde“ in Berlin.

Seine Publikation zur „Geschichte der Opposition“ ist nun ein bleibendes Vermächtnis für die